

036/2003

Stuttgart, den 20.2.2003

## Große Koalition der Nebelkerzen

### Boris Palmer: Verwendung der Maut-Einnahmen ist klar geregelt

---

Die von Landesverkehrsminister Müller geäußerte Vermutung, der Bund könne die Einnahmen aus der LKW-Maut für andere Zwecke als den Verkehrswegebau verwenden, ist nach Ansicht der Grünen im Landtag ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver. Der verkehrspolitische Sprecher der Landtagsgrünen Boris Palmer sagte, es sei im Maut-Gesetz unmissverständlich geregelt, dass mindestens die Hälfte der Einnahmen für Investitionen zur Verfügung stehe. Baden-Württemberg erhalte aus der Maut ab 2004 jährlich 77 Mio. € für das so genannte Anti-Stau-Programm.

Genauso eindeutig und noch länger bekannt sei aber, dass im Jahr 2003 das Zukunftsinvestitionsprogramm auslaufe. Dieses Programm war 2001 nach der Versteigerung der UMTS-Lizenzen befristet für drei Jahre aufgelegt worden. Baden-Württemberg erhielt daraus jährlich 60 Mio. € für Ortsumgehungen.

Das Land wird daher nach Palmers Angaben im Jahr 2004 auf 60 Mio. € aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm verzichten müssen, aber 77 Mio. € aus der LKW-Maut erhalten. In der Summe werde das Land damit 17 Mio. € mehr erhalten als im Jahr 2003. Palmer: „Darüber braucht man nicht zu spekulieren, das ist seit langem klar.“

Für Palmer haben Müllers Einlassungen ein klares Motiv: „Der Minister betreibt präventive Schuldverlagerung.“ Müller habe mit der Bedarfsmeldung von Straßenneubauten im Volumen von 6,6 Milliarden € den Finanzrahmen fast um 50% überzogen und bereite nun den Boden für eine neue Dolchstoßlegende. „Müller will den Leuten vormachen, seine Straßenbauwünsche scheiterten an der rot-grünen Sparpolitik. Die Wahrheit ist: Der Bund gibt mehr Geld für den Straßenbau aus als je zuvor, aber im Land kommt weniger an, weil die Schulden der unter CDU-Bundesverkehrsminister Wissmann privat vorfinanzierten Straßenprojekte abgestottert werden müssen.“

Kritik übte Palmer auch an der SPD: „Die Aufforderung an das Land, eine präzise Rangfolge der Projekte vorzulegen, ist unseriös und eine weitere Runde im Schwarzen-Peter-Spiel. Kein anderes Bundesland entspricht dem. Die Systematik des Verkehrswegeplans kennt nur zwei Dringlichkeitsstufen, keine innere Rangfolge. Das Problem an Müllers Liste ist die ausufernde Länge, nicht die fehlende Sortierung.“